

Interview: Valeska Blank

Was empfinden Sie beim Wort Verbotskultur?

Graziella Marok-Wachter: Bei den geplanten Gesetzesänderungen geht es überhaupt nicht um Verbote.

Um was dann?

Marok-Wachter: Um baurechtliche Regeln, und zwar bei beiden Vorlagen. Vorgaben im Baubereich gab es schon immer, das kannten schon die alten Römer. Und diese Regeln werden jeweils aufgrund der technischen Entwicklungen und den Anforderungen der Bevölkerung angepasst.

Sabine Monauni: Einen Staat ohne Vorschriften gibt es nicht. Gerade, wenn es um den Schutz der Umwelt und auch den Schutz der Bevölkerung geht, haben wir auch Verbote in unserer Gesetzgebung. Das ist nicht per se schlecht, sondern notwendig. Schliesslich geht es um Regeln für das Zusammenleben in der Gesellschaft. Wir selbst haben das Wort «Verbot» übrigens nie benutzt. Es war nie in der Gesetzgebung zu finden. Trotzdem war es Teil der ersten Schlagzeile in den Medien – und das ist in den Köpfen stecken geblieben, was in der Folge leider zu einer Abwehrreaktion geführt hat.

Ja, die geplante Abänderung des Baugesetzes und die PV-Pflicht kommen offenbar nicht überall gut an.

Monauni: Der Kurs wurde schon viel früher festgelegt. Wir haben eine Energiestrategie und eine Klimastrategie. Sie beinhalten Ziele und konkrete Massnahmen. Und es waren sich immer alle einig: Ja, wir wollen bis 2050 klimaneutral werden, wir wollen auf erneuerbare Energien umsteigen und die Energiewende soll so schnell wie möglich angegangen werden. Aber jetzt, in der Umsetzungsphase, kommt der Widerstand.

Sie haben mehrfach betont, im Auftrag des Landtags gehandelt zu haben. Das ist korrekt. Wie schätzen Sie das Verhalten des Landtags während der ganzen Debatte ein?

Monauni: Im November 2020 hat der Landtag im Rahmen der Energiestrategie der Regierung explizit und einstimmig den Auftrag gegeben, strengere Gebäudevorschriften einzuführen, damit man keine fossilen Heizungen mehr einbaut. Dann kam die vom Landtag ebenfalls einstimmig verabschiedete Klimastrategie, die als zentrale Massnahmen eine PV-Pflicht und den Ausstieg aus den fossilen Energien vorsieht. Im Frühling 2022 folgten mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine und der drohenden Energiekrise intensive Diskussionen im Landtag – mit der Forderung, dass die Regierung reagieren muss, damit wir bei der Energieversorgung unabhängiger werden. Es sind ganz klare Voten abgehalten worden.

Mittlerweile hat der Wind aber gekehrt.

Monauni: Ja, das empfinde ich auch so. Die Energiekrise war

«Es geht überhaupt nicht um Verbote»

Graziella Marok-Wachter und Sabine Monauni über die Kritik an den Gebäude- und Energievorlagen – und warum sie auf Vernunft setzen.



Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter und Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni.

Bilder: Nils Vollmar

zuletzt nicht mehr so präsent. Punkto Tonalität und Intensität der Forderungen hat es eine Kehrtwende gegeben.

Das Momentum war im Herbst 2022 vorhanden. Hätten Sie das nicht nutzen müssen und Ihr Vorhaben rascher umsetzen?

Monauni: Es handelt sich um komplexe Vorlagen, die man nicht in einem halben Jahr erarbeiten und im gesetzgeberischen Prozess durchbringen kann. Da braucht es viele Gespräche und rechtliche Abklärungen. Was danach passiert ist, haben wir ja gesehen: Wenn es inhaltlich konkret wird, sehen die Reaktionen wieder anders aus.

Sind Sie darum zurückgerudert? Im Juli präsentierten Sie schliesslich eine abgeschwächte Version.

Monauni: Wir haben in der ersten Lesung gespürt, dass sehr

«Jetzt, in der Umsetzung, kommt der Widerstand.»

Sabine Monauni

viel Kritik und Fragen vorhanden sind, aber auch viele Ängste in der Bevölkerung. Das wollten wir berücksichtigen und den Menschen die Ängste nehmen. Darum hat die Regierung beschlossen, das Öl- und Gasheizungsverbot aufzuheben und die Grundlage von zinslosen Bankkrediten für energetische Massnahmen bei Häusern zu schaffen. Denn eines ist klar: Wir müssen von den fossilen Energien wegkommen. Und wir müssen die Eigenversorgung stärken. Nach meiner Wahrnehmung gibt es bei diesen Fragen einen Konsens in der Gesellschaft.

Das ist ja gerade der Widerspruch: Auf einer abstrakten Ebene wollen alle mehr erneuerbare Energien und mehr Eigenversorgung, aber wenn es um konkrete Massnahmen geht, dann gibt es Geschrei.

Monauni: Letztlich – und das haben wir immer gesagt, auch im Rahmen der Klimastrategie – muss jeder seinen Beitrag leisten. Bei den aktuellen Vorlagen geht es genau darum: Jetzt wäre der einzelne Bürger gefordert – und zwar, wenn es ums Bauen geht.

Nur wurde jetzt das Referendum ergriffen, und alles steht wieder auf wackeligen Beinen.

Monauni: Das war ja bei der Photovoltaikpflicht bereits angekündigt worden. Ein bisschen über-

rascht sind wir, dass auch gegen die Gebäudevorschriften das Referendum ergriffen wurde.

Marok-Wachter: Mich hat auch überrascht, dass in Liechtenstein Gebäudevorschriften infrage gestellt werden, die schon in 22 Schweizer Kantonen umgesetzt und in den anderen vier Kantonen im Umsetzungsverfahren sind.

«Nicht in meinem Keller», würde ein Gegner der Vorlage jetzt sagen, und dass er sich nicht bevormunden lassen will. Was entgegnen Sie?

Marok-Wachter: Letztlich sind wir ein Volk, eine Gemeinschaft, und nicht nur Individuen mit Privatinteressen. Und die Regierung hat die Aufgabe, nicht nur die Interessen der Einzelnen, sondern auch die der Gemeinschaft zu berücksichtigen. Gerade im Baubereich hat es daher immer schon Regeln gegeben: Brandschutzregeln, Abstandsregeln, Gestaltungsregeln... und aktuell sind es einfach Energieregeln.

Die aktuelle Diskussion geht aber völlig daran vorbei.

Monauni: In diesem Zusammenhang frage ich mich, was ein Staat denn sonst noch machen kann. Er kann fördern oder Vorschriften erlassen. Letztlich braucht es beides. Wir arbeiten im Energiebereich schon seit 15 Jahren mit äusserst grosszügigen Anreizen. Gleichzeitig gibt es seit den

1970er-Jahren energetische Bauvorschriften. Jetzt möchten wir einen Schritt weiter gehen und diese Vorschriften dem Stand der Technik anpassen.

Warum?

Monauni: Weil wir sehen, dass wir die Energiewende schneller

«Wollen wir noch zehn Jahre lang diskutieren?»

Graziella Marok-Wachter

vorantreiben und den Klimawandel schneller bekämpfen müssen. Das ist doch die Diskussion, die wir führen sollten.

Trotzdem sehen Teile der Bevölkerung momentan nur den staatlichen Eingriff ins Eigentum.

Marok-Wachter: Man muss sich einmal die Frage stellen, wo wir als Gesellschaft wären, wenn es keine staatlichen Eingriffe gäbe. Dann hätten wir auch nie verbleites Benzin verbieten dürfen. Oder wir würden heute noch mit Asbest bauen. Unser Leben, unsere komplexe Gesellschaft erfordert Regeln.

Monauni: Wir reden hier über Faktoren, die schädlich für die Umwelt sind. Es muss der Anspruch der Politik sein, für unsere Kinder die Weichen so zu stellen, dass sie später ein lebenswertes Leben führen können.

Das Referendumskomitee entgegnet: Die Bevölkerung macht das ohnehin schon freiwillig.

Monauni: Ich finde diese Argumentation schwierig. Ja, letztes Jahr war die Freiwilligkeit wegen der drohenden Energiemangellage vorhanden. Und dennoch: Letztes Jahr wurden in Liechtenstein immer noch 230 fossile Heizungen eingebaut. Es ist also nicht so, dass jeder automatisch auf erneuerbare Energien umsteigt.

Marok-Wachter: Genau. Im Rahmen der Energiediskussion haben wir einen Schub erlebt. Ob das so weitergeht, ist unklar. Meiner Meinung nach sind PV-Anlagen hochgradig sinnvoll, und es gibt ja diverse Ausnahmegestimmungen und hohe finanzielle Förderungen.

Doch auch gegenüber der Photovoltaik gibt es viel Kritik, etwa: Ist sie die richtige Technologie? Ist Wasserkraft nicht viel besser?

Monauni: Das sind doch Nebenschauplätze. Die eine Technologie schliesst die andere nicht aus. Photovoltaik ist die Technik, die wir am kostengünstigsten

ten und schnellsten umsetzen können. Wieso nutzen wir diese Chance nicht? Vor allem, wenn der Eigentümer einen so grossen Vorteil daraus zieht: kostenlosen Strom. Zudem wird ihm der Überschuss vergütet, und nach unten ist er abgesichert, wenn der Marktpreis zu tief fällt. Dann erhält er eine Mindestvergütung. Das alles ist doch vernünftig.

Dann sind wir wieder bei diesem Argument: Ich will aber nicht, dass die Politik mir sagt, dass ich das machen muss.

Monauni: Die Leute, die das sagen, haben gleichzeitig grosse Erwartungen. «Staat, bleib mir fern» – aber wenn es einmal schlechter geht, muss er ausrücken. Wir müssen wieder zu einem gemässigten Modus finden.

Sie setzen also auf die Vernunft der Menschen.

Monauni: Ja. Mir ist wichtig, nochmals zu betonen: Niemand muss eine funktionierende Heizung herausreissen. Niemand muss auf einem bestehenden Dach eine PV-Anlage installieren. Die Gesetzesänderung richtet sich vor allem an Neubauten. Und auch dort gibt es zahlreiche Ausnahmemöglichkeiten – beispielsweise bei PV-Anlagen, wenn sie ineffizient, technisch nicht möglich oder wirtschaftlich nicht tragbar sind.

Und beim Heizungersatz?

Monauni: Auch dort hat der Hauseigentümer Wahlmöglichkeiten. Er muss nicht zwingend eine Wärmepumpe einbauen. Es gibt auch andere Standardlösungen. Was neu ist: Wenn man eine alte Heizung ausbaut und durch eine fossile ersetzt, sind ergänzende Massnahmen vorgesehen. Aber: Wenn ein Haus schon über gewisse Dämmungen verfügt, dann ist der Eigentümer auch hier von weiteren Massnahmen befreit. Es geht einfach darum, den Energieverbrauch des Hauses insgesamt zu reduzieren.

Die beiden Vorlagen gehören zu den wichtigsten Ihrer Legislatur. Der erste Wurf, das Verbot von neuen Öl- und Gasheizungen, ist bache gegangen. Wie enttäuscht sind Sie?

Monauni: (überlegt) Wie es gelaufen ist, ist unter anderem der Diskussion geschuldet, die wir in Deutschland gesehen haben. Vergleichbar mit Liechtenstein ist die Lage dort aber nicht. Wir haben von Anfang an weitreichende Ausnahmen vorgesehen, insbesondere für finanzielle Härtefälle. Trotzdem ist irgendwann das Schlagwort der Verbotskultur aufgekommen.

Es war die Wirtschaftskammer, die den Verbotsbegriff zum ersten Mal in den Mund genommen hat.

Monauni: Da bin ich mir nicht sicher. Das erste Mal, an dem er mir untergekommen ist, war in einer Schlagzeile mit dem Wort «Heizungsverbot». In diesem Zusammenhang hinterfrage ich das Freiheitsverständnis: Besteht Freiheit darin, jede Heizung einbauen zu dürfen, egal, wie schädlich sie ist?

Marok-Wachter: Das frage ich mich auch. Definiert man im Jahr 2023 Freiheit wirklich damit, dass man eine Ölheizung einbauen kann?

Trotzdem: Das Referendumskomitee empfindet Ihr Vorhaben als Eingriff ins Eigentum.

Marok-Wachter: Gleichzeitig wollen sie Energiesicherheit. Darum stelle ich die Gegenfrage: Was ist denn nun die Lösung? Wollen wir unsere Abhängigkeit vom Ausland beibehalten, oder wollen wir dafür sorgen, dass man den Eigenanteil an der Energiesicherheit stärkt? Nehmen wir die PV-Pflicht: Es geht um die Nutzung von ohnehin bereits versiegelten Flächen auf Dächern. Wollen wir diese nicht nutzen? Wollen wir noch zehn Jahre lang diskutieren? Diese Fragen bleiben unbeantwortet. Man geht einfach hin und sagt: Nein, das passt uns nicht.

Das ist nun aber Fakt, und voraussichtlich werden wir

«Wir bieten einen guten Kompromiss.»

Sabine Monauni

abstimmen. Hätten Sie nicht gleich beim ursprünglichen Verbot bleiben können?

Marok-Wachter: Wir haben das lange diskutiert.

Monauni: Uns war vor allem wichtig, dass wir die Mindeststandards bei den Gebäudevorschriften durchbringen, damit unsere Gesetzgebung zumindest wieder den Stand der Technik vorgibt.

Nochmals: Auch gegen die aufgeweichte Vorlage wurde das Referendum ergriffen. Hätten Sie nicht gleich hart bleiben können?

Monauni: Ich bin überzeugt, dass wir jetzt einen guten Kompromiss präsentieren. Und ich glaube, dass wir die Leute davon überzeugen können, wenn wir die Vorteile noch einmal klar darlegen. Wir möchten von der Terminologie wegkommen, dass man etwas verbietet. Darum geht es nicht. Vielmehr wird mit Kompensationen und Wahlmöglichkeiten gearbeitet. Wenn wir an der ursprünglichen Vorlage festgehalten hätten, hätte die Kritik gelaute: Die Politik hört nicht zu, die Regierung ist stur und redet an der Bevölkerung vorbei.

Sie sprechen es an – die Vorwürfe gegenüber der Politik lauten aktuell: Sie hat kein Gespür mehr für das Volk. Was entgegenen Sie?

Marok-Wachter: Dagegen wehre ich mich. Ich glaube, es sind Einzelstimmen, die solche Aussagen in dieser prägnanten Form zum Ausdruck bringen. Nicht die komplette Bevölkerung steht hinter jedem Leserbrief.



«Niemand muss eine funktionierende Heizung herausreissen.»

Sabine Monauni

Monauni: Nehmen wir die Eigenversorgung. Alle wollen einen höheren Eigenversorgungsgrad. Warum wehrt man sich dann gegen die PV-Pflicht? Damit kommen wir rasch, günstig und umweltfreundlich zu mehr Eigenstrom. Ich finde es schade, dass von genau den Personen, die für Energieautarkie und Eigenversorgung sind, keine Bereitschaft kommt, den dafür nötigen Weg zu gehen. Die Bevormundungsfrage entlädt sich derzeit am Bau- und Energiegesetz. Vielleicht verspüren wir auch noch die Nachwehen von Corona...

... oder eben, den Einfluss aus dem Ausland.

Marok-Wachter: Nochmals: Ein grosser Unterschied zum Ausland ist die wirtschaftliche Situation. Die Förderungen bei uns gehören zu den attraktivsten in Europa.

Eine Investition von 15 000 Franken sind für einige Haushalte trotzdem viel. Müsste der Staat mehr finanzielle Mittel in die Hand nehmen, damit die Vorlage mitgetragen wird?

Monauni: Eine übermässige Subventionspolitik hat auch schädliche Nebenwirkungen. Sie muss irgendwo eine Grenze haben – nämlich dort, wo es sich für den Einzelnen ohnehin

lohnt. Ja, die Investition, z. B. in eine Wärmepumpe, ist etwas höher als bei einer Gasheizung. Aber man darf nicht nur die Anfangsinvestition berücksichtigen, sondern man muss über die Lebensdauer des Heizsystems kalkulieren. Langfristig lohnen sich PV-Anlagen und erneuerbare Heizungen.

Angenommen, die Unterschriften kommen zusammen und es kommt zur Volksabstimmung. Wie planen Sie, den aktuellen Diskurs in eine andere Richtung zu lenken?

Monauni: Ich glaube, es gibt viele Menschen in der liechtensteinischen Bevölkerung, die erkannt haben, dass es im Energiebereich jetzt wirklich höchste Eisenbahn ist. Menschen, die sagen: Doch, das ist eine gute Sache, das bringt mir etwas, und obendrein schonen wir das Klima damit.

Sie sind zuversichtlich, obwohl Sie die ganze Wirtschaftskammer gegen sich haben?

Monauni: Von dieser Seite tönt es mittlerweile anders. Innerhalb der Wirtschaftskammer sind die Meinungen unterschiedlich. Ich persönlich bin überzeugt davon, dass erneuerbare Energien zur Standortattraktivität beitragen und einen

grossen volkswirtschaftlichen Nutzen bringen.

Die Wirtschaft fürchtet sich aber vor den Kosten.

Marok-Wachter: Anscheinend ist es uns zu wenig gelungen, aufzuzeigen, dass es um eine rentable Investition geht.

Monauni: Mein Wunsch ist einfach, dass sich die Bevölkerung nochmals seriös mit den Argumenten auseinandersetzt.

Was sagen Sie zum Argument, dass Liechtenstein zu klein ist, um in Sachen Klima etwas zu bewirken?

Monauni: Damit habe ich Schwierigkeiten. Als souveränes Land haben wir doch auch eine Verantwortung, wenn es um die Zukunft unseres Plane-

«Unsere Förderungen gehören zu den attraktivsten Europas.»

Graziella Marok-Wachter



«Wir haben keinen Plan B in der Schublade.»

Graziella Marok-Wachter

ten geht. Alle anderen sollen was tun, nur wir nicht?

Marok-Wachter: Haben Sie sich eigentlich schon den Flyer des Referendumskomitees angeschaut? Dort stehen falsche Informationen über Bürokratieaufbau und die Gestaltungsrichtlinien der Gemeinden. Das ist wirklich nicht richtig.

Was ist denn korrekt?

Marok-Wachter: In Zukunft soll auch bei Wärmepumpen ein einfacheres Bewilligungsverfahren angewendet werden, das reduziert die Bürokratie massgeblich. Im Zuge des Bewilligungsverfahrens wird ebenfalls geprüft, ob die Lärmwerte eingehalten werden. Die Nachbarn werden dadurch vor Lärmeinwirkungen geschützt. Nicht mehr notwendig ist ein aufwändiges, ordentliches Baubewilligungsverfahren. Im Falle einer defekten und lauten Wärmepumpe ist natürlich auch in Zukunft eine Anzeige möglich. Zur Gemeindeautonomie und der Ortsbildentwicklung: Dass diese abgeschafft werden, ist keineswegs der Fall. Sie werden nur zu einem kleinen Teil eingeschränkt. Nur absolute Verbote von PV-Anlagen auf Dächern und Wärmepumpen sind nicht mehr zulässig, aber in Bezug auf die Gestaltung kann die Gemeinde weiterhin Vorschriften erlassen.

Was ist sonst noch falsch?

Marok-Wachter: Dass die Renovation von Dächern verteuert wird wegen der PV-Pflicht. Die Pflicht zur Installation von PV-Anlagen kommt nur dann zum Tragen, wenn das ganze Dach bis auf die Tragkonstruktion abgetragen wird. Das neue Eindecken eines Daches ist davon gar nicht betroffen. Wir sind in vielen Punkten sehr zurückhaltend.

Leider fruchten in gewissen Kreisen Informationen, die auf einem Flyer schwarz auf weiss abgedruckt sind.

Monauni: Wir können nur mit Fakten entgegenhalten und auf die Fragen aus der Bevölkerung eingehen.

Marok-Wachter: Wir können nicht in derselben Art und Weise kommunizieren wie ein Referendumskomitee. Wir haben eine Verpflichtung zur Sachlichkeit.

Was passiert, wenn das Volk die Vorlagen ablehnt?

Monauni: Dann werden wir nochmals über die Bücher gehen, wie wir unsere Energie- und Klimastrategie umsetzen können. Der PV-Ausbau und der Ausstieg aus den fossilen Energien sind zentrale Massnahmen dieser zwei Strategien. Bei einem Nein werden wir neue Wege finden müssen. Wenn wir die PV-Anlagen nicht auf den Dächern wollen, wollen wir sie in der freien Natur? Wollen wir sie im Berggebiet?

Marok-Wachter: Es ist nicht so, dass wir bei einem Nein einfach einen Plan B aus der Schublade ziehen können. Dann müssen wir von vorne anfangen, auch weil es europarechtliche Vorgaben im Energiebereich gibt, die wir umsetzen müssen. Das Thema ist auch bei einem Volks-Nein nicht vom Tisch.